



Medienkonferenz Kampagne «Fairplay im Wahlkampf»: Bern, 10. August 2011

Für einen fairen Wahlkampf ohne Hetzkampagnen

Von Rita Schiavi, Mitglied der Geschäftsleitung der Gewerkschaft Unia

Viele Menschen in der Schweiz sorgen sich, dass es im Vorfeld der Eidgenössischen Wahlen zu Hetzkampagnen gegen Zugewanderte, Flüchtlinge, sozial Benachteiligte, Andersdenkende und Andersgläubige kommt. Leider müssen wir feststellen, dass diese Sorge nicht unbegründet ist: Die letzten und vorletzten Eidgenössischen Wahlen zeigen, dass die Wahlkampagnen immer härter, verletzender und diffamierender geführt werden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Messerstecherinselrate und die schwarzen Schafe. Auch für dieses Jahr haben sich die rechtspopulistischen Parteien Initiativen ausgedacht, die sie bewusst im Hinblick auf die Wahlen vom Herbst lanciert haben und die sich pauschal und undifferenziert gegen Ausländer in der Schweiz richten. Auch die Plakate und deren Bildsprache sind so angelegt, dass sie die Angst vor den «Fremden» schüren. Man schaue sich nur das Plakat an mit den schwarzen Schuhen, die auf der rot-weißen Schweiz herumtrampeln: da wird die Assoziation einer Armee geweckt, die in die Schweiz einmarschiert.

Es ist unzulässig und gefährlich, das gesellschaftliche Klima in der Schweiz zu vergiften, Menschen zu diffamieren und Angst vor Ausländerinnen und Ausländern zu schüren, um mit solchen Methoden bei den Wahlen besser abzuschneiden. Anlässlich seiner 1. August-Rede hat Bundesrat Ueli Maurer Max Frischs «Biedermann und die Brandstifter» in einer völlig unzulässigen Weise zitiert. Die Brandstifter sind bei ihm die Ausländer, mit den Biedermannern sind wir gemeint, die scheinbar die Gefahr, die von den Ausländern ausgehen soll, nicht sehen. Es muss hier einmal klar und deutlich gesagt werden: Das Gegenteil ist der Fall! Mit dem Feuer spielt auf brandgefährliche Weise, wer Menschen diffamiert, Angst vor den Anderen, den Andersdenkenden, den Menschen ohne Schweizerpass schürt. Die Rechtspopulisten, die sich gerne als die besseren Patrioten sehen, führen sich ganz im Gegenteil «unschweizerisch» auf, denn die Schweizer Verfassung postuliert: «...die Unabhängigkeit und Frieden in Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt zu stärken». Die Brandstifter und die schlechten Patrioten sind die Rechtspopulisten, welche Menschen ohne Schweizer Pass auf verletzende Art und Weise für alles Mögliche verantwortlich machen: Für Kriminalität, steigende Arbeitslosigkeit, Sozialhilfemissbrauch, Raserei auf Strassen, etc. Wohlverstanden: Wir heißen kriminelles Verhalten nicht gut. Wir wehren uns aber gegen Stereotype, wie zum Beispiel dass bestimmte kriminelle Akte mit der Nationalität, mit der Hautfarbe oder mit der Religion in Zusammenhang stehen. Wir verlangen auch keine Denk- oder Sprechverbote und wir wollen auch keine Tabuisierung von politisch relevanten Fragen. So sorgen auch wir als Gewerkschaft uns um die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass es in der Schweiz im Zuge der Personenfreizügigkeit nicht zu Lohn- und Sozialdumping kommt, indem wir griffige flankierende Massnahmen oder bessere Gesamtarbeitsverträge fordern. Die Rechtspopulisten hingegen unterstützen uns in diesen Bestrebungen keineswegs. Es ist somit offensichtlich: Sie wollen keine Probleme lösen, sondern gegen Einwanderer polemisieren und mit Begriffen wie «Masseneinwanderung» Angst und Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung schüren.

Vor etwas mehr als zwei Wochen tötete der Norweger Anders Behring Breivik mehr als 70, zum Teil sehr junge Menschen. Das tragische Attentat begründete Breivik in einem 1'500-seitigen Manifest. Dabei berief er sich explizit auf das Gedankengut rechtspopulistischer Organisationen und Parteien in Europa und deren Exponenten. Die Hetzkampagnen der Rechtspopulisten aus ganz Europa legten den Nährboden für die Schreckenstat von Breivik. Dass nun die Frage der Verantwortung der rechtspopulistischen Parteien gestellt wird, ist völlig legitim und nötig.

Die Gewerkschaft Unia hat mehr als 100'000 Mitgliedern mit Migrationshintergrund und ist damit die grösste MigrantInnenorganisation der Schweiz. Viele unserer Mitglieder gehören der muslimischen Glaubensgemeinschaft an. Von den diffamierenden Kampagnen der Rechtspopulisten sind unsere Mitglieder also stark betroffen. Deshalb ist für die Gewerkschaft Unia klar, dass sie sich im Rahmen der Kampagne «Fairplay im Wahlkampf» aktiv engagiert. Wir wollen uns gemeinsam mit vielen weiteren Organisationen für einen fair geführten Wahlkampf einsetzen. Für einen Wahlkampf, der nicht auf Diffamierung und Ausgrenzung baut. Mit einer Kampagne gegen Fremdenfeindlichkeit, welche die Gewerkschaft Unia Ende August starten wird, wollen wir ausserdem Gegensteuer geben zu rechtspopulistischen Hetzkampagnen und den unentbehrlichen und positiven Beitrag der Migrantinnen und Migranten für die Schweizer Gesellschaft und für unseren Wohlstand aufzeigen.